

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21-9038/39
Telefax: 886846 ppbn d
Telefax: 210664



Inhalt

Björn Engholm zum Erfordernis, Deutschland als Ganzes zu denken und entsprechend zu handeln: Nicht auf den "marktwirtschaftlichen Urknall" warten.

Seite 1

Manfred Reimann MdB zum Umgang mit Kohls Fehlbelegungsabgabe: Wohnungsnot in Deutschland.

Seite 3

Norbert Formanski MdB zur Notwendigkeit, eine wichtige Integrationsaufgabe fortzusetzen: Bonn muß Sozialberatung der Ausländer absichern.

Seite 4

Dr. Edith Niehuis MdB zur Entwicklung in Bangladesh vor den Parlamentswahlen: Auf dem Weg in die Demokratie.

Seite 5

Dokumentation

Die ASJ hat die Bundesregierung aufgefordert, sich für einen sofortigen Waffenstillstand am Golf einzusetzen. Wortlaut des Beschlusses

Seite 6

46. Jahrgang / 25

5. Februar 1991

Nicht auf den "marktwirtschaftlichen Urknall" warten (*)
Zum Erfordernis, Deutschland als Ganzes zu denken und entsprechend zu handeln

Von Björn Engholm
Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein

Ich möchte einige Gedanken skizzieren, die ich für die Bestimmung des künftigen Kurses unseres Gemeinwesens für wichtig halte.

Wir müssen, noch viel mehr als bisher, Deutschland auch ökonomisch als Ganzes denken, denn das anhaltende Auseinanderdriften der Wirtschaftsentwicklungen in West- und Ostdeutschland ist nicht nur politisch äußerst riskant, sondern auch ökonomisch nicht lange durchzuhalten. Verfehlen wir das Ziel einer baldigen spürbaren Annäherung des Produktivitäts- und Wohlstandsniveaus, wird der soziale Subventionsbedarf schon bald die bisher bekannten Größenordnungen nochmals weit übersteigen. Was das für die Beitragszahler und Träger der sozialen Leistungen bedeuten würde, brauche ich Ihnen nicht zu sagen.

Vor allem: Je mehr öffentliches Geld durch reine Subventionen gebunden wird, um so weniger steht für produktive Infrastrukturinvestitionen, steht für die ökonomische und ökologische Modernisierung der gesamten deutschen Volkswirtschaft zur Verfügung.

Und es besteht die Gefahr eines erneuten deutlichen Zinsanstiegs. Er würde die dringend erforderlichen privaten wie öffentlichen Investitionen noch mehr belasten als es bereits heute der Fall ist. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität der Wirtschaft würde sinken, unsere internationale Konkurrenzfähigkeit leiden.

Der schwerste und auf Dauer teuerste Fehler ist, daß man sich in Bonn nicht zu einem sachlich, zeitlich und finanziell klar konturierten Zukunftsinvestitionsprogramm für die neuen Bundesländer durchgerungen hat. So herrscht über Art, Umfang, Prioritäten und Finanzierung der in dieser Legislaturperiode beabsichtigten öffentlichen Infrastrukturinvestitionen weitgehend Unklarheit.

(*) Diese Passagen sind dem Manuskript Björn Engholms für die Rede auf dem Jahresempfang der Industrie- und Handelskammer Siegen am 4. Februar entnommen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfachen
mit wertvollen
Recycling-Papier



Natürlich muß so schnell wie möglich der Markt als bester Regelmechanismus der Wirtschaft, für Investitionen, von Angebot und Nachfrage funktionsfähig werden. Aber wir dürfen dabei doch nicht die zentrale Funktion der öffentlichen Investitionen in die wirtschaftsnahe Infrastruktur übersehen: Sie sind das Nadelöhr, durch das die Privatinvestitionen hindurch müssen. Ohne

- eine funktionsfähige öffentliche Verwaltung, einschließlich Justiz,
- ein modernes Telekommunikationsnetz,
- ein leistungsfähiges Verkehrssystem,
- akzeptable Umweltbedingungen,
- erschlossene Gewerbegebiete,
- qualifiziert ausgebildete Menschen,

ohne all dies wird es keine nennenswerten Privatinvestitionen geben - jedenfalls nicht in dem Umfang, der notwendig ist, um, ich greife das Bundeskanzlers Bild auf, "blühende Landschaften" zu entwickeln.

Deshalb dürfen wir nicht glauben, es werde auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ganz von selbst zu so etwas wie einem "marktwirtschaftlichen Urknall" kommen und Wohlstand würde sich im Selbstlauf entwickeln. Die Vorstellung, es werde nach Einführung der D-Mark und Übernahme des marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens unmittelbar zu einem ähnlichen Aufschwung kommen, wie dies in Westdeutschland nach der Währungsreform von 1948 der Fall war, geht an der Realität vorbei. Zwischen der Situation damals und heute liegen Welten:

Damals war der weltweite Wettbewerb nicht so ausgeprägt wie heute. Wir konnten Schritt für Schritt in die zunehmende internationale Arbeitsteilung hineinwachsen. Und das mit einer gegenüber dem US-Dollar krass unterbewerteten D-Mark, was den rasanten Aufstieg der westdeutschen Wirtschaft wesentlich begünstigt hat. Die Wirtschaft der ehemaligen DDR wurde in dessen mit der Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990 über Nacht voll dem härter denn je umkämpften Weltmarkt ausgesetzt. Dort aber hat sie gegenwärtig keine Chance.

Alle Probleme, die heute in Ostdeutschland mit der Klärung der Eigentumsverhältnisse und der Privatisierung der Unternehmen zusammenhängen, hat es damals in Westdeutschland nicht gegeben. Und es fehlt dort heute ein breiter Mittelstand, der in Westdeutschland nach der Währungsreform den Aufschwung maßgeblich getragen hat.

Damals hielt sich die Lohnentwicklung im Rahmen des Produktivitätsfortschritts. In den neuen Bundesländern eilen die Löhne und Gehälter der Produktivität voraus.

Und ganz wesentlich: Mit den Devisen aus der Marshallplanhilfe ist es uns damals möglich gewesen, neueste westliche Technologie ins Land zu holen. Mit dem Verzicht der Bundesregierung auf ein Zukunftsinvestitionsprogramm für die neuen fünf Bundesländer fehlt dort heute ein dem Marshallplan vergleichbarer ökonomischer Anstoßeffect, der in großem Stil private Investitionen anreizt.

(-/5.2.1991/rs/ks)

Wohnungsnot in Deutschland
Zum Umgang mit Kohls Fehlbelegungsabgabe

Von **Manfred Reimann MdB**

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Mittelbeschaffung für die Ankurbelung des Wohnungsbaus bedeutet für die Bundesregierung, daß sie selbst keine nennenswerten Finanzmittel für die alten Bundesländer zur Verfügung stellen will, denn wie in der Koalitionsvereinbarung nachzulesen ist, werden die Mittel zum Großteil in die fünf neuen Bundesländer fließen.

Eine alternative Lösung der Mittelbeschaffung für neuen Wohnraum soll die von Kohl in der Regierungserklärung angekündigte Fehlbelegungsabgabe sein. So verblüffend einfach und sozial gerecht diese Maßnahme erscheint, muß man sich doch fragen: Hält sie auch einer näheren Betrachtung stand oder gibt es auch andere Möglichkeiten?

Ein Beispiel aus meinem Wahlkreis: Eine Fehlbelegungsabgabe in Ludwigshafen würde für 9.000 GAG-eigene Wohnungen, also öffentlich geförderte Wohnungen, bedeuten, daß wir bei einer angenommenen Quote von 20 Prozent Fehlbelegungen 1.800 Wohnungen in die Abgabe einbeziehen könnten. Unterstellen wir, daß alle Mieter zahlungsfähig wären, dürften wir, bei einer Fehlbelegungsabgabe von 0,50 DM pro qm Wohnraum und bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 70 qm ($70 \times 0,50 \text{ DM} =$) 35 DM pro Wohnung und Monat einnehmen. Bei 1.800 Wohnungen betrügen die Einnahmen 63.000 DM pro Monat oder 756.000 DM pro Jahr. Dieses Beispiel unterstellt, daß keine Wohnung durch diese Maßnahme frei wird, wovon auch sicher nicht auszugehen ist. Wenn überhaupt, dann vielleicht fünf Prozent, also 90 Wohnungen.

Da aber zugleich der geschätzte Verwaltungsaufwand circa 250.000 bis 300.000 DM beträgt, können wir lediglich noch 400.000 ausgeben, denn nur die Differenz zwischen Einnahme und Aufwand würde zur Verfügung stehen. Es fragt sich: Rechtfertigt ein solcher Aufwand zum Beispiel die Erfassung der Räumlichkeiten, ihrer Bewohner und deren Einkommen um zu der Feststellung zu kommen, wer aus der Wohnung ausziehen muß oder wer die Fehlbelegungsabgabe zahlen soll beziehungsweise wer nicht zahlen kann, denn alle Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Niedrigverdiener werden von vornherein aus der Fehlbelegungsabgabe wegen Zahlungsunfähigkeit herausfallen, aber trotzdem eine fehlerbelegte Wohnung weiter in Anspruch nehmen. Oder sollten diese dann aus der Wohnung herausgeschmissen werden und wohin?

Die Folge ist also in diesen Fällen ein beachtlicher Verwaltungsaufwand, dessen finanzielles Ergebnis gleich Null sein kann. Hinzu kommt weiter, daß eine Verwaltung die ständige Überprüfung eines Wohnungsbestandes vornehmen muß, um festzustellen, wann eine neue Fehlbelegung gegeben ist. Von der totalen Offenbarung des Einzelnen, Wohnung, Einkommen und Familienverhältnisse et cetera bis zur Null-Einnahme wird sich bei der Feststellung der Fehlbelegungsabgabe der Verwaltungsaufwand abspielen.

Deshalb darf man alternativ fragen: Erreichen wir das gleiche Ziel oder gar mehr Einnahmen nicht eher, wenn wir bei den marktwirtschaftlichen Mechanismen bleiben und den fehlerbelegten Mietern, wenn sie entweder aus den sozialen Einkommensgrenzen herausgewachsen sind, oder der Familienstand nicht mehr den bewohnten Quadratmetern entspricht (Ehepaar mit Kleinkindern beim Einzug; heute sind die Kinder bereits erwachsen und deshalb ausgezogen), eine Mieterhöhung in Höhe der Fehlbelegungsabgabe zumuten? Für den Fall, daß das Einkommen der Betroffenen gering ist, kann ja in Form von Wohngeld geholfen werden.

Die Mieterhöhung ist eine echte Mittelbeschaffung, die den Staat zwar über Wohngeld belasten kann, aber es sind zugleich Mittel, die direkt in den Wohnungsbau hineinfließen könnten

ohne zusätzlichen behördlichen Verwaltungsaufwand. Alles dies könnte von den Wohnungsgesellschaften und nicht von Behörden geleistet werden. Auch die Mechanismen, Wohngeld auszuzahlen, bestehen bereits über viele Jahre und funktionieren gut.

Die Zielsetzung ist bei beiden Wegen klar: Mieter, die in sozial geförderten Wohnungen leben und aus den Bedingungen finanziell oder von der Größe der Wohnung her herausgewachsen sind, sollen ihren Beitrag leisten, um für sozial schwache Mieter wieder neuen Wohnraum zu schaffen. Wir sollten aber bei allem Wollen Wege suchen, die mit dem geringsten Aufwand an Mitteln und mit dem geringsten Ärger für die Betroffenen verbunden sind.

(-/5.2.1991/rs/ks)

Bonn muß Sozialberatung der Ausländer absichern
Zur Notwendigkeit, eine wichtige Integrationsaufgabe fortzusetzen

Von Norbert Formanski MdB

Die Sozialdienste für Ausländer wurden bisher überwiegend aus Bundesmitteln finanziert. Von 1988 bis 1990 hat der Bund die Zuwendungen um circa 20 Prozent gekürzt.

Sozialdienste für Ausländer bestehen etwa in meinem Wahlkreis in Herten,

- bei der Arbeiterwohlfahrt für Türken seit 1978; diese Dienststelle ist für rund 3.700 türkische Staatsangehörige, die in Herten wohnen, zuständig und ist mit einem türkischen Sozialberater besetzt,
- beim Diakonischen Werk seit 1960 für in Herten lebende Griechen und für den gesamten Kreis Recklinghausen mit circa 1.800 zu betreuenden Staatsangehörigen. Diese Dienststelle ist ebenfalls mit einem griechischen Sozialberater besetzt.

Die Aufgaben der Sozialdienste für Ausländer bestehen in der Beratung und Unterstützung für Ausländer bei

- ihrem Zuzug in die Bundesrepublik Deutschland,
- ihrer Integration in die deutsche Gesellschaft und
- ihrer Rückkehr in das Land ihrer Staatsangehörigkeit.

Im Vordergrund steht hierbei das Bemühen,

- zwischen den Ausländern und den vorhandenen allgemeinen Dienstleistungsangeboten zu vermitteln und
- die Ausländer in die Lage zu versetzen, ihr Leben selbständig zu gestalten (Hilfe für Selbsthilfe).

Die Schwerpunkte der Beratungstätigkeit ergeben sich aus den Problemlagen der Ausländer.

Es sind dies:

- Arbeit und soziale Versorgung,
- individuelle Lebensprobleme,
- Integration und Rückkehr,
- Erziehung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen,
- Familien- und Generationskonflikte und
- Bewahrung der kulturellen Identität.

Aufgrund der gesamten Fakten hat der Rat der Stadt Herten folgende Resolution in seiner Sitzung am 30. Januar 1991 einstimmig beschlossen:

Angesichts der vielfältigen Probleme bei der angemessenen Betreuung und Beratung der ausländischen Wohnbevölkerung in den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens bleiben Bundestag und Bundesregierung aufgefordert, ihre bisherigen Leistungen im Bereich der Ausländersozialdienste auch weiterhin ungekürzt aufrecht zu erhalten. Zum einen ist der Prozeß der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung nicht abgeschlossen - im Gegenteil, zahlreiche Minderheitengruppen waren und sind in das bisherige Beratungs- und Betreuungssystem nicht einbezogen. Andererseits fehlt es an bundesweiten gleichwertigen Alternativen für die bisherige Ausländersozialberatung, so daß sich eine Kürzung der bislang eingesetzten Mittel verbietet.

(-/5.2.1991/rs/ks)

Auf dem Weg in die Demokratie
Zur Entwicklung in Bangladesh vor den Parlamentwahlen

Von Dr. Edith Niehufe MdB
Vorsitzende der deutsch-Indischen Parlamentariergruppe

Ein 16 Punkte umfassender Verhaltenskodex, der von der Wahlkommission für die bevorstehenden Parlamentswahlen am 27. Februar 1991 formuliert wurde, läßt hoffen. Halten sich Wähler und Kandidaten an die aufgestellten Regeln, könnte eine akzeptable Wahl im Land durchgeführt werden. Wahlmanipulation, wie sie dem gestürzten Ex-Präsidenten von Bangladesh, Hussain Mohammad Ershad von der Opposition vorgeworfen wird, soll ausgeschlossen sein.

Ershad, der durch einen unblutigen Militärputsch 1982 an die Macht kam und sich selbst 1985 zum Präsidenten ernannte, mußte im Dezember dem Druck der Straße weichen. Ershad versuchte, diesen "Winterjahrmarkt", wie er den Druck der Straße nannte, durch das Verhängen des Ausnahmezustands zu beenden. Doch das geschlossene Auftreten der größten Oppositionsparteien, die landesweite Streiks durchzusetzen, ließ den Versuch scheitern.

Der "All Party Students Unity" (APSA - der Zusammenschluß der traditionell militanten Studentenverbände) gelang es, daß die beiden rivalisierenden Oppositionsparteien - die National Awami League unter Sheikh Hasina Wajed und die Bangladesh Nationalist Party unter Begum Kahleda Zia - sich einem gemeinsamen Programm verpflichteten.

Das oberste Ziel der Opposition, der Sturz Ershads, ist erreicht. Eine Anklage wegen Korruption und Machtmißbrauch soll verhindern, daß er bei der neuen Präsidentschaftswahl kandidieren kann. Ershad hatte schon kurz nach seinem Sturz angekündigt, daß er in die Politik zurückkehren und für seine immer noch treu ergebene Jatiya Partei bei den Wahlen am 27. Februar kandidieren will. Bis jetzt hat die Jatiya Partei aber nur für vier der 13 Wahlkreise in Dhaka Kandidaten nominiert.

Die Übergangsregierung unter Richter Shababuddin Ahmed, der von den Oppositionsparteien als Vizepräsident bestimmt wurde und nun die 110 Millionen Bangladeshis bis zu den neuen Wahlen regiert, ist schnell aktiv geworden. Eine ganze Reihe engster Mitarbeiter des ehemaligen Präsidenten, darunter der Innenminister und fast alle Districtchefs, wurden entlassen.

Bei den Parlamentswahlen werden die alten Konflikte zwischen den Oppositionsparteien wieder aufbrechen. Die Awami League und die Bangladesh Nationalist Party dürften als die stärk-

sten Parteien hervorgehen. Die zerstrittenen Kontrahentinnen verfolgen jedoch unterschiedliche Ziele. Hasina Wajed fordert eine parlamentarische Demokratie, Khaleda Zia ein präsidentiales System. Beide Frauen scheinen daher bisher kein überzeugendes Programm zu haben, das dem drittärmsten Land der Welt aus der Misere helfen könnte.

(-/5.2.1991/rs/ks)

DOKUMENTATION

ASJ: Für sofortigen Waffenstillstand einsetzen

Eine Sondersitzung der UN-Generalversammlung soll die Bundesregierung beantragen, um einen sofortigen Waffenstillstand im Golfkrieg herbeizuführen. Dies hat am Wochenende die Bundeskonferenz Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) in Bonn gefordert. Zur Begründung führt die ASJ unter anderem aus:

Die ASJ hält es für unerträglich, daß auch heute noch der Krieg als Mittel der Fortsetzung der Politik eingesetzt wird.

Sie wendet sich entschieden gegen diejenigen, die zur Beseitigung eines unverantwortlichen Völkerrechtsbruchs mit einem noch weitaus größeren Übel reagieren und zur Durchsetzung ökonomischer, militärstrategischer und politischer Interessen die vieltausendfache Tötung und Verstümmelung von Menschen sowie eine Gefährdung der Umwelt von unabsehbarem Ausmaß in Kauf nehmen.

Die ASJ verurteilt, daß die Bundesrepublik, vertreten durch die Bundesregierung, sich durch die Lieferung von militärischen Gütern, Bomben und Raketen, militärbezogene Finanzhilfen und Entsendung von Militär in Gebiete, von denen Angriffshandlungen ausgehen, unmittelbar und mittelbar an diesem Töten, Verstümmeln und Vernichten beteiligt. Sie fordert den sofortigen Stop dieser Aktivitäten. Die Lieferung von Waffen, die ausschließlich Verteidigungszwecken dienen (zum Beispiel Luftabwehrraketen) an Israel soll möglich bleiben.

Es darf kein Zweifel an der Sicherung der Existenz des Staates Israel geben. Der Frieden auch für Israel und seine Bewohner ist nur erreichbar, wenn die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkannt und garantiert werden. Die UN-Resolution Nr. 242 ist durchzusetzen.

Die ASJ fordert, im Rahmen der anstehenden gesamtdeutschen Verfassungsreform auch

- a) die Abgrenzung von und die Zuständigkeiten für den beziehungsweise im Verteidigungsfall, Bündnisfall (NATO) und Bündnisfall (UNO) klar und präzise zu regeln;
- b) und dabei ausdrücklich für verfassungswidrig zu erklären
 - jeden Einsatz von Bundeswehreinheiten außerhalb des Bundes- und NATO-Gebietes;
 - insbesondere auch Einsätze zu militärischen Handlungen, die diese Grenzen im Rahmen von Strafaktionen ("militärische Zwangsmaßnahmen") gemäß von UN-Resolutionen aufgrund von globaler Bezugnahme auf Kapitel VII der UN-Charta oder auf einzelne Artikel dieses Abschnittes überschreiten;
 - jede anderweitige Beteiligung an solchen Maßnahmen, zum Beispiel durch Lieferungen und Leistungen von Diensten, Material, Finanzierung und Infrastruktur.

(-/5.2.1991/rs/ks)
